

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1990**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Saarland

**„Liberale Perspektiven – Saarland '95“**

(Beschlossen vom Landesvorstand  
am 27. September 1989)

## "LIBERALE PERSPEKTIVEN - SAARLAND '95"

### Wahlplattform der F.D.P. Saar zur Landtagswahl vom 28. Januar 1990

#### **Vorwort**

Am 28. Januar 1990 werden wir Saarländerinnen und Saarländer darüber entscheiden, welche Landesregierung uns in den 90er Jahren aus der nationalen Randlage in den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt führen wird. Die Alleinregierung der SPD war in den letzten fünf Jahren nicht in der Lage, die wichtigsten Probleme des Saarlandes auch nur annähernd zu lösen. Trotz des seit sieben Jahren andauernden wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik und im internationalen Vergleich bester Wirtschaftsdaten ist die Situation an der Saar gekennzeichnet von einer rasant wachsenden, die Existenz des Landes immer stärker bedrohenden Staatsverschuldung, anhaltender Arbeitslosigkeit, einem von der SPD-Landesregierung vorwiegend ideologisch motivierten Kahlschlag im Schul- und Kulturwesen sowie von großen Defiziten in der Umweltpolitik. Die mangelhafte Regierungsarbeit der SPD ist begleitet von einseitiger Personalpolitik und überzogener Selbstdarstellung.

In dieser Situation setzen wir Freien Demokraten auf einen Neubeginn für unser Land durch eine vernünftige Politik der Mitte. Wir treten ein für eine umfassende Sanierung unserer Landesfinanzen durch ein Sonderprogramm des Bundes und der Länder und eigene Anstrengungen des Landes. Wir setzen uns ein für eine Wirtschaftspolitik, die durch konsequentes Eintreten für marktwirtschaftliche Lösungen geprägt ist und welche die Wirtschaft nicht in die Abhängigkeit staatlichen Handelns bringt. Wir kämpfen für den Erhalt eines leistungsfähigen und gegliederten Schulwesens sowie für eine vielfältige Kulturlandschaft. Wir werden vor allem für bessere Umweltbedingungen und einen wirksameren Umweltschutz sorgen. Umweltschutz muß zu einem maßgeblichen Grundsatz in allen Politikbereichen werden. Wir begrüßen den Demokratisierungsprozeß in der DDR und in Osteuropa und fordern eine rasche und sozial verantwortliche Integration der Aus- und Übersiedler in unsere Gesellschaft und in unser Wirtschaftsleben.

Nur mit einer starken F.D.P. im Saarländischen Landtag kann die absolute Mehrheit der SPD gebrochen werden. Nur mit einer starken F.D.P. im Saarländischen Landtag kann verhindert werden, daß die radikalen Parteien und Gruppierungen die Zukunft unseres Landes gefährden.

Wir Liberale bitten deshalb die Saarländerinnen und Saarländer am 28. Januar 1990 um ihr Vertrauen und ihre Stimme.

## Finanzpolitik

Die Verschuldung des Saarlandes wird sich von 6,9 Mrd. DM seit Übernahme der Landesregierung durch die SPD bis Ende 1990 bei einem Haushaltsvolumen von rd. fünf Mrd. DM auf insgesamt rd. zwölf Mrd. DM erhöhen. Dadurch ist der finanzielle Bewegungsspielraum des Landes auf Null reduziert. Die Erstellung eines verfassungsgemäßen Landeshaushalts ist nicht mehr möglich. Durchgreifende Maßnahmen des Bundes und der anderen Bundesländer zur Entschuldung und Existenzsicherung des Saarlandes haben daher höchste Priorität. Daneben hat insbesondere die Landesregierung dazu beizutragen, die Finanzen des Landes umfassend zu konsolidieren. Nur wenn diese existentiellen Finanzprobleme gelöst werden, kann für unser Land eine Politik gestaltet werden, wie sie im folgenden dargestellt wird.

Deshalb fordert die F.D.P. Saar:

- die Durchsetzung einer Sonderregelung des Bundes und der Länder zur Sanierung der Finanzen des Saarlandes,
- die Modernisierung der Landesverwaltung unter Beteiligung externer Organisationsfachleute,
- die weitestgehende Privatisierung staatlicher Dienstleistungen bzw. Unternehmensbeteiligungen, insbesondere bei Saarstahl,
- ein effizientes Management bei den landeseigenen Unternehmen (z.B. Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Landesentwicklungsgesellschaft, Sondermüllentsorgung Saar) und stärkere Berücksichtigung privater Initiativen,
- eine grundlegende Überprüfung sämtlicher vom Land gewährten Subventionen auf ihre Berechtigung und Wirksamkeit,
- die Abschaffung des "Hofstaats" in der Staatskanzlei sowie die Beseitigung der Personalaufblähung in den Chefetagen der Ministerien.

## Umweltschutz

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Herausforderung. Vorbeugender Umweltschutz geht vor Reparatur der Umwelt. Dabei soll der Schwerpunkt staatlichen Handelns nicht im Ordnungsrecht, sondern in ökonomischen Anreizsystemen liegen: negative und positive Auswirkungen auf unsere Umwelt müssen in die Kostenrechnung und das Steuersystem eingehen.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- die Umsetzung ihres Abfallwirtschaftskonzepts, das die Vermeidung begünstigt, die Verwertung voll ausschöpft, die Kompostierung am Bedarf orientiert, die Verbrennung auf das Unvermeidbare beschränkt und dadurch den Bedarf an Deponieflächen verringert,
- die modernste Technik bei der Müllverbrennung,
- einen Entsorgungsverbund für Sondermüll mit den benachbarten Bundesländern sowie mit Lothringen und Luxemburg,
- den beschleunigten Bau von Kanalsystemen und Kläranlagen sowie die zügigere Modernisierung der vorhandenen Abwasserentsorgungsanlagen,
- die ausschließlich zweckgebundene Verwendung der Abwasserabgaben und Kanalbenutzungsgebühren,
- die verstärkte Berücksichtigung Privater im gesamten Entsorgungsbereich im Hinblick auf Effizienz und neue Finanzierungsmöglichkeiten,
- einen wirksamen Bodenschutz,

- den langfristigen Schutz des Grundwassers durch die zügige Ausweisung weiterer Schutzgebiete auch in noch nicht genutzten Grundwassereinzugsgebieten und durch die Schonung der Grundwasservorräte, z.B. mittels Förderung von Brauchwassersystemen,
- die strikte Überwachung des Trinkwassers auf die Einhaltung der Trinkwasserverordnung,
- die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung dort, wo die Abwägung mit Umweltbelangen notwendig und angemessen ist,
- eine naturnahe Waldwirtschaft, die nicht auf ideologisch motivierte Bevormundung ( z.B. der Jägerschaft) ausgerichtet ist,
- die konsequente Anwendung des Umweltstrafrechts,
- eine Konzeption zur Lösung der grenzüberschreitenden Umweltprobleme,
- die Förderung von Maßnahmen zum Einbau von Katalysatoren in Kleinfeuerungsanlagen.

### **Neue Arbeitsplätze an der Saar**

Die Zukunft des Saarlandes liegt in der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei setzt die F.D.P. Saar auf die Marktwirtschaft, den Wettbewerb und die Schaffung investitionsfördernder Rahmenbedingungen.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- verstärkte Anstrengungen zur Ansiedlung neuer Betriebe,
- eine bessere Standortvermarktung,
- die Förderung der Qualifikation von Arbeitnehmern und Unternehmern, besonders durch Unterstützung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Organisationen der Wirtschaft,
- die gezielte Förderung berufsbezogener Fremdsprachenkenntnisse zur Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt,
- die Erweiterung der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur,
- die Einbeziehung der Behörden in den Dienstleistungsaband,
- den Ausbau eines grenzüberschreitenden Telekommunikationsnetzes.

Die F.D.P. Saar lehnt eine Erhöhung der Lohnnebenkosten durch einen gesetzlichen Bildungsurlaub mit Lohnfortzahlung ab.

### **Mittelstandspolitik**

Im Saarland besteht ein Defizit an kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb sind verstärkte Anstrengungen zur besseren Nutzung des heimischen Entwicklungspotentials, insbesondere auch im Dienstleistungssektor, unverzichtbar.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- den Ausbau des Dienstleistungssektors, z.B. durch Förderung der Errichtung überregional wirkender Dienstleistungsunternehmen (z.B. Sprachenzentren),
- die Entwicklung der Zukunftsbereiche des saarländischen Fremdenverkehrs (Kurzurlaub, Städtetourismus, Gesundheitsurlaub) durch Förderung privater Initiativen,
- die Unterstützung freiberuflicher Beratungstätigkeit und eine bessere Koordination staatlicher und organisationseigener Beratungsangebote, insbesondere zur Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt,

- eine Überprüfung aller Mittelstandsprogramme auf ihre Wirksamkeit und die ersatzlose Streichung ideologisch motivierter Förderprogramme (z.B. für alternative Gewerbebetriebe),
- verstärkte Anstrengungen zur Entbürokratisierung und zum Abbau von Reglementierungen,
- eine mittelstandsfreundliche Vergabepaxis bei öffentlichen Aufträgen,
- grenzüberschreitende Ansiedlungsgebiete im Saar-Lor-Lux-Raum mit verbesserten Förderkonditionen für mittelständische Unternehmen.

### **Energiepolitik**

Der Bergbau ist nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der saarländischen Wirtschaftsstruktur. Zu seiner Erhaltung ist eine verlässliche und realistische Energiepolitik sowie eine national und europaweit konsensfähige Kohlepolitik unverzichtbar. Verantwortungsbewußte Energiepolitik muß eine bessere Ausnutzung der eingesetzten Energie, den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen und den frühestmöglichen Verzicht auf Kernenergie anstreben.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- Verhandlungen und Konsens statt Konfrontation zur Sicherung der Kohleverstromung,
- den Ausbau der Fernwärme auf der Basis industrieller Abwärme und kohlegestützte Kraft-Wärme-Kopplung,
- die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien durch steuerliche oder andere finanzielle Anreize,
- die Ansiedlung eines Großforschungszentrums für erneuerbare Energien im Saarland,
- die Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Energieeinsparung durch marktwirtschaftliche Anreizsysteme.

### **Verkehr**

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes auf dem Weg aus seiner Randlage in den Europäischen Binnenmarkt ist ein leistungsfähiges Verkehrswesen unverzichtbar. Dabei soll derjenige Verkehrsträger die Transportleistung erbringen, der die besten Voraussetzungen mitbringt und umweltverträglich ist.

Die F.D.P. Saar unterstützt deshalb:

- den unverzüglichen Anschluß des Saarlandes an das europäische Schienenschnellverkehrsnetz und eine Schienenschnellverbindung Metz-Saarbrücken-Luxemburg,
- den Ausbau der überörtlichen Schnellstraßenverbindungen (z.B. Ausbau der A 8 nach Luxemburg),
- die Sicherung des Flughafens Saarbrücken durch verstärkte Koordination der Flughafenpolitik im Saar-Lor-Lux-Raum,
- die Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs durch konsequenten Ausbau der Tarifgemeinschaft zu einem leistungsfähigen Nahverkehrsunternehmen (Verkehrsverbund) unter zusätzlicher Einbeziehung des Taxiverkehrs.

## **Landwirtschaft und ländlicher Raum**

Der Landwirtschaft kommt für die Versorgung der Bevölkerung und die Wahrung des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes eine besondere Bedeutung zu. Um die Ziele der Landwirtschaft und des Umweltschutzes besser in Einklang zu bringen, sind die Belange beider Bereiche wirksam aufeinander abzustimmen.

Die F.D.P. Saar unterstützt deshalb:

- den Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes,
- die aktive Beteiligung der Landwirte an Naturschutz und Landschaftspflege,
- die weitere Verbreitung umweltschonender Produktionstechniken und artgerechter Tierhaltungssysteme,
- die verstärkte Vermittlung ökologischer Zusammenhänge in der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Aus- und Weiterbildung,
- wirksamere Maßnahmen zur Vermeidung von Erosion, z.B. durch Einschränkung des Grünlandumbruchs in Talauen.

## **Tierschutz**

Die F.D.P. Saar fordert einen konsequenten Einsatz für die Belange des Tierschutzes; insbesondere wendet sie sich gegen unnötige und unsinnige Tierversuche und gegen die nicht artgerechte Massentierhaltung.

Sie hält darum eine strengere Novellierung des geltenden Tierschutzgesetzes für notwendig.

## **Bildung, Kultur und Sport**

Investitionen in Bildung und Kultur sind Zukunftskapital, die unser Saarland auch als Wirtschaftsstandort im Herzen Europas attraktiver machen. Sie erhöhen ebenso wie eine sinnvolle sportliche Betätigung und eine aktive Freizeitgestaltung die Lebensqualität.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- die Stärkung des Elternrechtes, insbesondere bei der freien Wahl der Schule,
- die Erhaltung eines leistungsbezogenen, gegliederten Schulsystems ohne ideologische Schranken,
- die Beibehaltung wohnortnaher Grundschulen,
- ein ausreichendes Angebot an Ganztagschulen in allen Schulformen,
- die Förderung Benachteiligter und die Forderung Begabter,
- die Integration von Behinderten in alle Schulformen, allerdings unter Beibehaltung und Verbesserung der notwendigen Sonderschulen,
- eine hohe Qualität schulischer Abschlüsse, insbesondere des Abiturs und die Wiedereinführung der Realschulabschlußprüfung,
- die Harmonisierung von Aus- und Weiterbildung und den Ausbau des pluralistischen Angebots im Bereich der Weiterbildung in betrieblicher und dualer Form,
- die verstärkte Einbeziehung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Aus- und Weiterbildung,
- die Verbesserung der Situation des Schulsports,

- eine qualitativ verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport,
- fächerübergreifende Umwelterziehung in allen Schulformen,
- den weiteren Ausbau der saarländischen Hochschulen zu einem europäischen Hochschulstandort,
- die Verstärkung des Technologie-Transfers und der Drittmittelforschung an den Hochschulen,
- die Eigenständigkeit des saarländischen Landestheaters,
- die öffentliche und private Förderung von Vereinen und alternativen Kulturangeboten ohne ideologische Einseitigkeit,
- die Erhaltung wichtiger Industriedenkmäler des Landes ("Industrie-straße Saar"),
- die Veranstaltung eines privaten Rundfunks ohne Beteiligung des Saarländischen Rundfunks.

### **Stärkung der Demokratie**

Liberales treten seit jeher dafür ein, den Freiheitsraum des einzelnen zu erweitern und Machtmißbrauch durch Staat und Parteien zu verhindern.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- mehr Bürgermitwirkung durch Sicherung von Volksbegehren und Volksentscheid insbesondere durch Präzisierung der Finanzwirksamkeitsklausel,
- die Einführung der Direktwahl der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte,
- die Einführung eines stärker persönlichkeitsbezogenen Verhältniswahlrechts, z.B. durch Kumulieren und Panaschieren,
- die Wiedereinführung des gerechten Sitzzuteilungsverfahrens nach Hare-Niemeyer,
- einen wirksameren Datenschutz durch Erweiterung der Befugnisse des Datenschutzbeauftragten.

### **Stärkung des liberalen Rechtsstaates**

Ziel liberaler Innen- und Rechtspolitik ist die Bewahrung und Sicherung des inneren Friedens, in dem die Freiheit des einzelnen gewährleistet ist. Innerer Friede kann nur durch einen Staat gewährleistet werden, der aktiv Konflikte in der Gesellschaft abbaut und gleichzeitig die Polizei bei ihrer wichtigen Aufgabe, dem Erhalt der inneren Sicherheit, unterstützt.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- die strikte Anwendung geltenden Rechts, insbesondere bei der Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus,
- die Verkürzung der Verfahrensdauer bei Gerichten und die Beschleunigung der Verwaltungsverfahren,
- die bestmögliche Ausstattung und Ausbildung sowie eine angemessene Besoldung der Polizei und ihre Entlastung von polizeifremden Aufgaben,
- die polizeigesetzliche Verankerung des finalen Rettungsschusses im Fall der Lebensbedrohung.

## **Liberales Gesellschafts- und Sozialpolitik**

Liberales Gesellschafts- und Sozialpolitik eröffnet den einzelnen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und fördert die Familie. Liberales Sozialpolitik soll denjenigen beim Erreichen ihrer Selbstbestimmung und individuellen Entfaltung helfen, die wegen ihrer besonderen Lebensumstände zur Selbsthilfe nicht in der Lage sind.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- verstärkte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ganztagsbetreuung und flexible Öffnungszeiten in Kinderbetreuungs-einrichtungen und die Förderung von Tagesmutter-Projekten,
- die Förderung der Einführung flexiblerer Arbeitszeiten und die Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze und Job-Sharing-Stellen,
- die Erleichterung des Wiedereinstieges in den Beruf nach der Familienphase durch Kontakthalteangebote (Urlaubs- und Krankheitsvertretungen) und spezifische Weiterbildungsangebote zur Erhaltung der beruflichen Qualifikation,
- eine verstärkte Förderung der Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen in gewerblich-technischen Berufen,
- Frauenförderpläne für den öffentlichen Dienst ohne Quotierung,
- die Förderung von Kinderschutzzentren.

## **Gesundheit**

Unsere liberale Gesundheitspolitik setzt auf die Selbstverantwortung des Bürgers für seine eigene Gesundheit, seinen Willen zur Mitverantwortung auch gegenüber der Gesundheit seiner Mitmenschen, seine Bereitschaft zur Solidarität.

Die F.D.P. Saar fordert deshalb:

- Schwerpunktsetzung bei Vorbeugungsprogrammen, insbesondere für Zahnerhaltung, gesunde Ernährung, Bewegungsförderung,
- die Verbesserung der Aufklärung über die Gefahren von Rauchen, Alkohol und Drogen,
- die besondere Förderung der Krebsvorsorgeforschung im Saarland,
- eine verstärkte Aufklärung und individuelle Vorsorge zur Bekämpfung der Krankheit AIDS bei Verzicht auf Meldepflicht und Zwangsmaßnahmen,
- den Abbau des Pflegenotstandes in den Krankenhäusern,
- eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung unter Einbeziehung der Umwidmung von Krankenhausabteilungen in Pflegeplätze für Akutpflegefälle,
- eine Verbesserung der Betreuung von psychisch kranken Menschen durch eine gemeindenahere Psychiatrie,
- einen Ausbau der ambulanten Hilfen und des Notrufsystems für unsere älteren, unsere behinderten und unsere kranken Mitmenschen, insbesondere im Bereich der Sozialstationen und der Tagespflegeeinrichtungen.



## **Wohnungsbau**

Ein ausreichendes Wohnungsangebot ist grundlegende Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Bürger.

Die F.D.P. Saar will deshalb:

- eine verstärkte Förderung privater Bautätigkeit, insbesondere für kinderreiche Familien und sozial Schwache,
- Wohnraumstrukturen, die den Bedürfnissen älterer Mitbürger und Behinderter gerecht werden, wie z.B. der Bau von Appartementwohnhäusern bzw. Altenheimen nach Appartementsystem, in denen die größtmögliche Eigenständigkeit bewahrt wird,
- die Erhaltung und Modernisierung vorhandener Bausubstanz statt weiterer Zersiedlung,
- mehr Wettbewerb bei städtebaulich bedeutsamen Bauvorhaben,
- die Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren.

## **Ausländer, Asylbewerber und Aussiedler**

Ausländerpolitik ist ein Prüfstein für unsere Rechtsstaatlichkeit und der Maßstab für die Humanität einer Gesellschaft.

Die F.D.P. Saar tritt deshalb ein für:

- den Schutz politisch tatsächlich Verfolgter durch Erhaltung des Grundrechts auf Asyl,
- die Beschleunigung der Asylverfahren und konsequente Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber ohne Aufenthaltsberechtigung sowie von Personen ohne Aufenthaltserlaubnis,
- eine vernünftige Integration von Aussiedlern und Ausländern,
- das Kommunalwahlrecht für EG-Bürger auf Gegenseitigkeit.